

„Die Kritik des Bundesrechnungshof (BRH) ist - was uns als Optionskommune angeht - so nicht haltbar, da der Kreis Offenbach als Optionskommune durch den BRH in dieser Angelegenheit weder geprüft wurde, noch unsere Datenlage eine derartige Schlussfolgerung zulässt“, mit diesen Worten wehren sich Landrat Oliver Quilling und Sozialdezernent Carsten Müller in einer gemeinsamen Presseerklärung gegen pauschale Vorwürfe des Bundesrechnungshofes, die Optionskommunen würden kaum Eingliederungsmaßnahmen abschließen und einen Teil der Langzeitlosen vernachlässigen.

Quilling: „Für mich ist wichtig, dass wir von dieser Kritik nicht betroffen sind. Tatsächlich hat es bei uns noch nicht einmal eine Anfrage seitens des BRH zu diesem Thema gegeben. Auch ist überhaupt nicht klar auf welcher Datenbasis der Bundesrechnungshof zu seinen Behauptungen kommt. Wurden Einzelfälle pars pro toto genommen oder gab es repräsentative Erhebungen?“

Fakt ist: Im Kreis Offenbach wird mit nahezu allen erwerbsfähigen, vermittelbaren Mitgliedern der Bedarfsgemeinschaften ein Beratungsgespräch geführt, welches im System Comp.Ass auch dokumentiert wird. „Über unser Projekt Startzeit haben Menschen, die Neuanträge stellen zudem eine Präsenzpflicht: Über acht Wochen werden vor Ort Bewerbungen trainiert, Vermittlungsmöglichkeiten sondiert, damit die Menschen so schnell wie möglich wieder im Arbeitsmarkt Fuß fassen“, schildert Müller das Vorgehen des Kreises.

Wer bei einem so sensiblen Thema wie der Option Kritik übe, müsse diese auch anständig begründen und belegen. Ansonsten erweise man der Sache einen Bärendienst, so Müller. Patentrezepte und schnelle Lösungen gebe es bei der Betreuung von Langzeitlosen ohnehin nicht.“ Deshalb gelte es stets genau hinzusehen und zu differenzieren.

So werde in der Tat mit etwa einem Drittel der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen auch im Kreis Offenbach keine Eingliederungsvereinbarung geschlossen, betont Quilling. Der Grund ist einfach: Diese Menschen sind zumeist schlicht nicht vermittelbar - sei es aus Gründen der Erziehungszeit, sei es wegen Gründen der Pflege von nahen Angehörigen, sei es aus Gründen der durch die Rentenversicherung formal festgestellten Erwerbsfähigkeit, die sich in der Realität aber als Erwerbsunfähigkeit herausstellt oder wegen anderen Hemmnissen wie etwa Suchtproblematiken oder Analphabetismus.“ Daran könne auch ein noch so gutes Fallmanagement nichts ändern.

In Zahlen bedeutet dies: von den derzeit rund 15.000 erwerbsfähigen Langzeit-arbeitslosen im Kreis sind 3.000 direkt oder mit einem geringen Qualifizierungsaufwand vermittelbar, weitere 6.000 Personen sind mit hohem Aufwand vermittelbar, rund 6.000 Personen sind nicht vermittelbar. „Das mag man bedauern. Wir vor Ort als Optionskommune müssen uns aber mit dieser Realität auseinandersetzen“, macht Quilling deutlich. „Und die lautet eben: Nicht jeder Langzeitarbeitslose ist vermittelbar! Auch das ist ein Teil der gesellschaftlichen Wahrheit. Selbst wenn viele diese Tatsache gerne ausblenden.“

Müller macht zudem nochmals deutlich, dass „im Kreis Offenbach im Fallmanagement immer individuell auf den Kunden eingegangen wird.“ Natürlich auch vor dem Hintergrund einer bestehenden Bedarfsgemeinschaft. Müller: „So kann es beispielsweise für eine Familie förderlich sein, dass der Ehemann oder die Ehefrau in Arbeit vermittelt werden, der Partner aber zur Erziehung der Kinder zu Hause bleibt. Ich kann daher guten Gewissens sagen: Jeder, der Arbeit sucht oder der vermittelt werden kann wird bei der Jobsuche durch den Kreis Offenbach unterstützt!“

Insgesamt konnte der Kreis Offenbach seit Beginn der Option 2005 bis Ende 2009 exakt 15.390 Menschen in den Ersten Arbeitsmarkt vermitteln, davon 1.678 über Fünfzigjährige. 1.520 Jugendliche bekamen darüber hinaus dank der Vermittlungsarbeit des Kreises im selben Zeitraum eine Ausbildungsstelle. Durchschnittlich 2.351 Personen befanden sich allein 2009 monatlich in Fortbildungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen.

„Aufgrund unserer guten Arbeit als Optionskommune konnten wir die Zahl der arbeitsfähigen Hilfeempfängerinnen und -empfänger bisher konstant halten“, so Quilling und Müller abschließend. „Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, die uns wegen des in der Regel zwölfmonatigen Arbeitslosengeld-I-Bezugs zeitverzögert erreicht, rechnen wir allerdings für dieses Jahr mit einemstiege.“